

Anfrage Budmiger Marcel und Mit. über die selektive Kommunikation der Steuererträge aus der OECD-Mindeststeuer und deren geplante Verwendung

eröffnet am 9. September 2024

Am Mittwoch, 28. August 2024, wurde seitens der Regierung der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025–2028 kommuniziert. Im Zuge dessen wurde für die breite Öffentlichkeit bekannt, dass die Mehrerträge der OECD-Steuererträge rund 400 Millionen Franken betragen (statt der ursprünglich kommunizierten 55 Mio. Fr.). Ebenfalls präsentierte der Regierungsrat, wie er einen Teil der Mittel einzusetzen plant. Am Freitag, 30. August 2024, wurde nur drei Wochen vor dem Abstimmungstermin die Volksbotschaft zur Steuergesetzrevision vorgestellt. Im Rahmen dieser Mitteilung wurde ebenfalls auf die kommende Abstimmung zum Steuergesetz 2025 Bezug genommen und Zahlen, über die abgestimmt wird, mit neuen Angaben versehen.

Aufgrund dieser Ausgangslage ergeben sich folgende Fragen:

1. Seit wann weiss die Regierung von den neuen Schätzungen zu den prognostizierten Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer (statt 55 Mio. neu 400 Mio. Fr.)?
2. Aus welchen Gründen hat die Regierung die prognostizierten Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer erst kurz vor dem Abstimmungstermin der Steuergesetzrevision 2025 kommuniziert?
3. Der Regierungsrat präsentiert sein Vorhaben, wie er die Mittel aus den OECD-Steuern einsetzen will, sehr konkret. So sollen 120 Millionen Franken für die etappierte Steuerfuss-senkung, 80 Millionen für die Gemeinden (Gemeindeanteil) und 200 Millionen für Wirtschaftsförderungsmassnahmen eingesetzt werden. Die genannten 80 Millionen Franken für die Gemeinden stehen im Widerspruch zur Steuergesetzrevision, die einen viel kleineren Beitrag vorsieht. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Bevölkerung weiss, dass sie mit der Steuergesetzrevision beim Gemeindeanteil nicht über die genannten 80 Millionen, sondern nur über die 26,6 bzw. ab 2030 nur noch 23,5 Millionen Franken, abstimmt? Braucht es eine Gesetzesänderung für die Festsetzung eines höheren Gemeindebeitrages? Warum präsentiert der Regierungsrat kurz vor der Abstimmung bereits Pläne, die nicht dem Abstimmungstext entsprechen?
4. Von den 200 Millionen Franken für die Wirtschaftsförderung sollen 20 Millionen für Aufgaben bei Kindertagesstätten und die regionale Kultur eingesetzt werden. Damit sollen die Gemeinden entlastet werden. Warum jedoch lässt er offen, wie er die restlichen 180 Millionen Franken einsetzen möchte? Hätten diese Pläne einen Zusammenhang mit der Abstimmung zur Steuergesetzrevision? Wann gedenkt der Regierungsrat die Bevölkerung darüber zu informieren?

Budmiger Marcel

Brunner Simone, Elmiger Elin, Pilotto Maria, Muff Sara, Galbraith Sofia, Bühler-Häfliger Sarah, Pardini Gianluca, Fleischlin Priska, Engler Pia, Meier Anja, Schuler Josef, Ledergerber Michael